

## Viele wollen dringend geimpft werden

Corona-Impfquoten: „Wartezeiten“ und „Impfwillige dürfen nachrücken“, FR-Regional vom 7. und 15. April

### Ein beinahe vergnüglicher Spaziergang

Sicher geht oder ging es vielen Impfkandidaten – vor allem wenn sie so alt sind wie ich (80) – ähnlich wie mir. Die Sorge, ob alle Unterlagen vollständig und korrekt ausgefüllt sind oder die Frage, finde ich mich in der Messehalle zurecht, verursachten mir im Vorfeld ein mulmiges Gefühl. Dass jegliche Unsicherheit und die damit verbundene Aufregung völlig unnötig waren und sind, bewies sich bereits beim Betreten der Messehalle. Noch bevor ich eine Frage nach dem „Wie“ und „Wo“ stellen konnte, wurde ich von einem Mitarbeiter des Impfzentrum-Teams freundlich begrüßt und sozusagen auf den richtigen Weg geschickt. Und dieser Weg erwies sich als recht lang und nicht unkompliziert. Freundliche, hilfsbereite junge Leute wiesen an jeder Wegbiegung nach rechts oder links oder verwiesen mich an den nächsten „Platzanweiser“, so dass ich mich allerbestens betreut und gut aufgehoben fühlte.

Ganz besonders betonen möchte ich noch, dass alle Mitarbeiter/innen und Ärzte/Ärztinnen – ob bei der Anmeldung, bei der Prüfung der Unterlagen,

in der Impf-Kabine, auf dem langen Weg bis zum Stempel im Impfpass – ganz besonders freundlich und kompetent waren und den Gang durch das Impfzentrum zu einem beinahe vergnüglichen Spaziergang machten. Mit diesen Zeilen möchte ich allen, die im Messe Impfzentrum für einen reibungslosen Ablauf und zahlreiche erleichterte und zufriedene Impfkandidaten sorgen, herzlich danken. Irmgard Kiessler, Frankfurt

### Was hier geschieht, ist eine Art Triage

„Die Terminvergabe richtet sich derzeit zu zwei Dritteln nach dem Alter“ (FR vom 7.4., Seite F2) Schön wär's! Aber an diese Zusage, zunächst die „vulnerablen“ Alten zu schützen (zur Erinnerung: Das sind die mit den potenziell schweren Krankheitsverläufen) scheint sich niemand mehr gebunden zu fühlen. Schauen wir auf die Zahlen des Impfquotenmonitoring des RKI! Die ältesten mir zur Verfügung stehenden Daten sind vom 11. März. Seitdem sind bis heute in Hessen nur 77783 Personen aufgrund der Indikation „Alter“, dagegen 117129 Personen aufgrund „beruflicher Indikation“ geimpft worden. Das kann man

rechtfertigen. Aber dann soll man bitte auch den Mut haben, offen zu sagen: Es ist uns wichtiger, Kitas und Schulen offen zu halten, als die Alten zu schützen (und die Intensivstationen nicht zu überfordern). Denn schlicht und einfach: Was hier gerade geschieht, ist Triage! Zwei Drittel für die Alten? Wenn's wenigstens die Hälfte wäre ...

Joachim Lüstorf, Reinheim

### Wie bitte, die sagen vorher nicht mal ab?

Wie bitte? 25 bis 40 Prozent der zur Impfung Angemeldeten erscheinen nicht? Viele davon sagen nicht mal vorher ab?!

Ich kenne viele über 60, die händeringend geimpft werden wollen, auch mit Astrazeneca (per aspera ad astra, sprach Seneca), aber die sind in Gruppe 3. An einer Warteliste für Nachrücker werde gearbeitet, habe ich gelesen – dann aber bitte flott! Und wie/wo können sich die willigen Nachrücker auf die Liste setzen lassen? Das brennt doch viel mehr auf den Nägeln als die leidige Kanzlerkandidatenfrage. Kann man sich eigentlich gegen die K-Frage impfen lassen?

Merve Hölter, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/gezerre](https://frblog.de/gezerre)



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](https://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Zweifel sind unangebracht

Zu: „Lorz hält Testpflicht an Schulen für möglich“, FR-Regional vom 10.4.

Nach langem Zögern scheint nun auch der hessische Kultusminister zu der unausweichlichen Einschätzung gekommen zu sein, dass Corona-Schnelltests für Schülerinnen und Schüler verbindlich vorgeschrieben werden müssen. Tests auf freiwilliger Basis sind unsinnig und letztlich schädlich. Sie vermitteln ein falsches Sicherheitsgefühl. Bereits ein ungetestetes Kind mit symptomloser Corona-Infektion in der Schule genügt, um ganze Klassen in die Quarantäne zu schicken und das Virus noch weiter in die Familien hineinzutragen. Die seitens des Ministeriums gegen eine verbindliche Testpflicht noch gehegten rechtlichen Zweifel („zweischneidige Sache“) sind unangebracht. Das Oberverwaltungsgericht Sachsen hat gerade die entsprechende Regelung der Sächsischen Corona-Schutzverordnung für verfassungsgemäß erklärt (Medieninformation 6/2021 vom 24.03.2021)

Volker Igstadt,  
Elternbund Hessen, Frankfurt

## Bequem von zu Hause aus

Schule in der Pandemie: „Laptops für Lehrkräfte“, FR-Regional vom 30.3.

A: „Wir bekommen bald Dienstlaptops.“

B: „Wie hast du denn bisher deine Schul-E-Mails und deine Unterrichtsrecherchen bewerkstelligt?“

A: „Na, mit meinem privaten Laptop natürlich.“

B: „Wie bitte?“

A: „Klar, immer schon.“

B: „Und wann bekommt ihr die Dienstlaptops?“

A: „Och, wahrscheinlich irgendwann nach den Sommerferien, wenn bis dahin eine ausreichende Anzahl zur Verfügung gestellt wurde.“

B: „Aber die Corona-Pandemie gibt es doch schon seit einem Jahr! Warum hat man das denn nicht schon längst in die Wege geleitet?“

A: „Tja...“

B: „Doch dann wird es sicher eine Erleichterung sein. Du kannst dann in der Schule schon Mails erledigen und besser arbeiten.“

A: „Wir haben kein WLAN in der Schule.“

B: „?!“

A: „Na ja, dann eben von zu Hause aus, ist ja auch bequemer, oder?“

B: „Hm, da bin ich mir nicht so sicher: Um die Dienst-E-Mail-Adresse zu nutzen, muss ich jedes Mal eine Authentifizierungs-App aufrufen und bei jedem Vorgang eine neue PIN nutzen. Das braucht schon ein bisschen Zeit. Das alles geht natürlich über mein privates Handy – ein Diensthandy bekommen wir nicht.“

A: (ist nicht mehr zu einer Antwort in der Lage)

Cordula Band, Frankfurt

## Mit der Handschrift von Uwe Becker

Zu: „Frankfurt übernimmt Antisemitismus-Definition“, FR-Regional vom 9. April

Ganz nebenbei erfährt man von einer befremdlichen Entscheidung des Magistrats der zu Recht auf ihr liberales Klima und ihre Tradition stolzen Stadt Frankfurt. Laut Meldung der FR hat er die Antisemitismusdefinition der IHRA übernommen. Obwohl diese Definition in der Weltöffentlichkeit im Hinblick auf die Regierung Israels als Behinderung der Meinungsfreiheit kritisiert wird, obwohl in der „Jerusalem Deklaration“ mehr als 200 namhafte Forscher die IHRA-Definition in Zweifel ziehen, obwohl der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Untersuchungen gegen den Staat Israel wegen Verbrechen gegen die

Menschlichkeit führt (die dessen Regierung verweigert), obwohl mit Berufung auf die IHRA-Definition Wissenschaftler und Personen des öffentlichen Lebens in ihrer Meinungsfreiheit sanktioniert und benachteiligt wurden und berufliche Karrieren gefährdet werden können,

Hat der Magistrat es nicht für nötig befunden, diese Frage dem Stadtparlament vorzulegen? Es entspricht genau der Haltung des Magistratsmitgliedes Uwe Becker, jegliches Gespräch über diese Probleme zu verweigern und stattdessen mit obrigkeitlichen Maßnahmen zu agieren. Noch nie hat man von Uwe Becker eine Stellungnahme

oder Intervention zu den rassistischen und antisemitischen Vorgängen in der hessischen Polizei zur Kenntnis bekommen. Für den desaströsen Umgang damit aber ist seine eigene Partei verantwortlich. Der wirklich gefährliche Antisemitismus und Rassismus kommt von rechts. Und da gibt es auch noch einiges in der Koch-CDU aufzuarbeiten.

Audiatur et altera pars – auch die andere Seite soll gehört werden. Und deshalb sind für Fragen des Rassismus und Antisemitismus die Institutionen der Vereinten Nationen das zuständige Forum und nicht die Stockholmkonferenz der IHRA.

Dieter Reitz, Mainz

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

**Alle Stimmen** dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forems im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20210419](https://frblog.de/lf-20210419)

**Was tun für Insekten?** Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier: [frblog.de/garten-05](https://frblog.de/garten-05)

## Erst wird Integration gefordert und dann zunichtegemacht

Zu: „Schülerin abgeschoben“, FR-Regional vom 30. März

### So werden die Instinkte von AfD und Co. bedient

Dieser Bericht und andere Artikel zu ähnlichen Fällen machen mich fassungslos. Meine Empörung über hessische Ausländerbehörden wächst täglich. Immer wieder werden Menschen – ganze Familien, falls sie nicht auseinandergerissen werden – gerade dann abgeschoben, wenn sie demnächst einen sicheren Aufenthaltsstatus erlangen könnten. Sie werden aus Ausbildungsverträgen oder Arbeitsstellen gerissen, mitten in der Nacht von ei-

nem Überfallkommando gefasst. Dabei sind gerade diese Leute doch nicht in der Illegalität versteckt.

Der Verdacht wird in mir zur Gewissheit: Es wird „leichte Beute“ gesucht für die Abschiebe-Industrie, und es werden die Instinkte von AfD und Co bedient: Abschieben kurz bevor eine Abschiebung nicht mehr erlaubt wäre.

Warum? Nach außen Integration verlangen und fördern, insgeheim Integration (Arbeit, Ausbildung, Schule) zunichte machen. Wer ist für diese Politik

verantwortlich? Denn es ist Politik und nicht Verwaltungshandeln. Den Schaden tragen wir alle: Verrohung der Gesellschaft (man nehme die Kommentare bei Facebook und Instagram zur Kenntnis), Fachkräfte und ehrgeizige SchülerInnen gehen uns verloren, die Angst und Unsicherheit wächst in vielen Familien, denn niemanden schützen die Bemühungen um Arbeit und Bildung vor der Verfolgung. Hessen unter grüner Regierungsbeihilfe scheint da ein besonders trauriges Bild von sich zu zeigen.

Peter Stein, Frankfurt

### Diese Methode verstärkt Vorurteile gegen Migranten

Im CSU-regierten Bayern und im schwarz-grün regierten Hessen scheint es nicht unüblich zu sein, vor allem Flüchtlinge abzuschieben, die sich gut integriert haben. Will man sie dafür bestrafen? Einen Terroristen wie Anis Amri hat der rechtskonservative frühere Berliner Innensenator Henkel (CDU) hingegen weitgehend unbehelligt agieren lassen. Er trug ja auch dazu bei, Vorurteile gegen Flüchtlinge und Migranten zu verstärken. Norbert Fabian, Duisburg